

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 M. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 M. 55 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 10 Pfg. pro dreizehnpaltene Corpusszeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger daselbst.

No. 42.

Donnerstag, den 8. April

1897.

Krankenkasse.

Die Beiträge zur Kranken- und Invaliditäts- und Alters-Versicherung auf das 1. Vierteljahr 1897 sind zur Vermeidung sofortiger Zwangsvollstreckung bis zum 10. dieses Monats zu entrichten.

Wilsdruff, am 1. April 1897.

Der Stadtrath.
Bursian, Brgnstr.

Bekanntmachung.

Etwasige Besuche um Verlegung von Kindern aus einer Bürgerschule in die andere sind bei dem Unterzeichneten bis spätestens Sonntag, den 11. d. M., von den Eltern persönlich oder schriftlich anzubringen.

Wilsdruff, den 4. April 1897.

Der Direktor der städtischen Schulen.
Gerhardt.

Die Krisis in Oesterreich.

Der neue politische Zeitabschnitt in Oesterreich, der an den Zusammenritt des neugewählten Reichsrathes anknüpft, ist in fast allseitig überraschender Weise durch das Entlassungsgesuch des Ministeriums Badeni eingeleitet worden. Ueber die Entscheidung des Kaisers Franz Josef ist zur Stunde noch nichts Bestimmtes bekannt, doch verläutet in Wiener politischen Kreisen vielfach, der Monarch werde entweder das Entlassungsgesuch ablehnen, oder doch den Grafen Badeni sofort wieder mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragen. Jedenfalls zeigt aber ein Blick auf die infolge der Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus geschaffene Lage, daß es sich nicht bloß um eine ministerielle Krisis, sondern überhaupt um eine innere Krisis handelt, welche Oesterreich gegenwärtig wieder einmal durchmacht. Die neue österreichische Volksvertretung setzt sich aus mindestens zwanzig Fraktionen und Fraktionchen zusammen, die theilweise durch nationale oder konfessionelle oder wirtschaftspolitische Gesichtspunkte tief von einander getrennt sind, infolgedessen die Bildung einer nur halbwegs zuverlässigen Regierungsmehrheit aus diesen von Gegenpartei erfüllten Elementen eine überaus heikle Aufgabe für das Ministerium Badeni darstellt. An der Lösung dieses Problems ist denn auch das Kabinet einstweilen gescheitert; die deutsch-liberalen Gruppen weigerten sich angesichts der Interessen des Deutschthums so schwer bedrohenden Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren in die künftige Regierungsmehrheit einzutreten, und da Graf Badeni angeblich mit einer aus den Jungtschechen, Antisemiten, Polen und kirchlich-konservativen Gruppen bestehenden Mehrheit nicht regieren will, so zog er es vor, die Entlassung des Gesamtkabinetts einzureichen.

Diese Ursachen der Demission des Ministeriums Badeni lassen es auch erklärlich erscheinen, daß selbst im Falle der Wiederbeauftragung des Grafen Badeni mit der Bildung des neuen Kabinetts die Schwierigkeiten der Lage nicht beseitigt sein würden. Dies könnte nur dann geschehen, wenn sich Graf Badeni entschloße, ehrlich mit den liberalen Deutschen zu paktiren und ihnen durch verbürgte Zugeständnisse ein erneutes Zusammengehen mit den Parteigruppen vom Centrum und der Rechten, welche beiläufig die parlamentarischen Stützen der Regierung waren, zu ermöglichen. Aber die erste Vorbedingung hierzu wäre die Zurückziehung der die czechischen Bestrebungen begünstigenden Sprachenverordnung für Böhmen und Mähren, daran ist jedoch nach Lage der Verhältnisse kaum noch zu denken, die Sprachenverordnung soll nun einmal beschlossene Sache sein. Allerdings heißt es, Graf Badeni habe den Deutschen in Böhmen und Mähren zum Ersatz die von ihnen schon längst geforderte Schaffung nationaler Curien in „Auslicht“ gestellt, welche Maßregel speziell in ersterem Kronlande dem Deutschthum immerhin einen nicht zu unterschätzenden Schutzwall gegen das weitere Steigen der czechischen Hochfluth gewähren würde. Von jungtschechischer Seite spelt man indessen Gift und Galle schon gegen den bloßen Gedanken, daß sich die Regierung wirklich zu einem solchen Zugeständnisse an die Deutschen herbeilassen könnte, und da die Regierung die Jungtschechen offenbar nicht gern vor den Kopf stoßen will, so wird es wohl nichts mit den nationalen Curien, aber auch nichts mit dem Beitritt der liberalen Deutschen zu der künftigen Regierungsmehrheit werden.

Vorläufig ist die Weiterentwicklung der gesamten

entstandenen Krisis noch in den Schleier der Ungewissheit gehüllt, lange kann jedoch die notwendige Klärung nicht ausbleiben. Handelt es sich doch in dem neuen österreichischen Reichsrathe vor Allem um die Entscheidung über die Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn, und jeder österreichischen Regierung, gleichviel, welchen Namen sie auch tragen mag, muß an einer erspriechlichen Lösung dieser Frage liegen. Darum wird denn zunächst das neue österreichische Kabinet bemüht sein müssen, in Hinblick auf den Ausgleich mit Ungarn wohl oder übel eine Regierungsmehrheit zusammenzutrommeln, so bunt sie auch aussehen möge. Nur wird man hierbei abermals auf die alte Tausch- und Schacherpolitik des Grafen Taaffe zurückgreifen müssen, wobei vermuthlich die Deutschen wiederum die Kosten bezahlen müssen. Das berühmte „Fortwurfsstein“ in Oesterreich ist ja noch immer nur dadurch ermöglicht worden, daß das Deutschthum drangsaliert wurde!

Tagesgeschichte.

Berlin, 5. April. Die Leichenfeier für den in der „Eduwig-Busch-Grube“ bei Jandze verunglückten Arnold Borfig fand heute Nachmittag in der Villa der Familie zu Altmooabit statt. Die Theilnahme war eine überaus große. Auch der Kaiser hatte einen Kranz mit den Ausdrücken herzlichsten Beileids überandt. Die gemeinsame Beerdigung der übrigen 5 Opfer jener Katastrophe erfolgte auf Borfigwerk unter Betheiligung der Beamten und der Belegschaften sämtlicher Gruben des Bezirks.

Der Zustand des Staatssekretärs Dr. v. Stephan ist nach der Operation leider sehr bedenklich. Es droht dem Leben des Patienten infolge der Abnahme der Kräfte ernste Gefahr. Als ein Trost muß unter diesen Umständen gelten, daß der Kranke keine Schmerzen leidet. Er liegt im Schlafe oder Halbschlummer und hat kein Bewußtsein von seinem Zustande. Am Krankenbette des Kranken weilt Frau v. Stephan, welche die Pflege selbst übernommen hat. Der Kaiser läßt sich wiederholt Bericht erstatten. Welch' allgemeine Theilnahme die Krankheit des Herrn v. Stephan erregt, zeigen die im Reichspostamt ausliegenden Listen für die Besucher, von denen Niemand persönlich bei dem Kranken vorgelassen wird. Ferner treffen beständig schriftliche und telegraphische Wünsche für das Wohlergehen des Patienten aus allen Theilen des Reiches und aus dem Auslande ein. Ein am Dienstag um 9 Uhr Vormittags ausgegebenes Bulletin lautet: „Befinden unverändert. v. Bergmann.“ In Berlin war bereits am Montag Nachmittag das Gerücht vom Tode v. Stephans verbreitet.

Auch für deutsche Verhältnisse ist die nachstehende Mittheilung aus Frankreich von Interesse: Als eine Kriegserklärung an die Adresse der französischen Industriellen feiern sämtliche radikal-sozialdemokratischen Blätter Frankreichs den dieser Tage gefaßten Beschluß der Arbeitskommission, eine Umfrage über die Lage der industriellen Arbeit in Frankreich zu veranstalten. Rochefort rühmt in seinem „Intransigeant“ diesem Beschlusse sogar nichts Geringeres nach, als daß er „den Keim zu einer Revolution ausgefät“ habe. Die Industriellen wissen aus Erfahrung, was die Sinnstüßigkeit parlamentarischer Streber in die Angelegenheiten der nationalen Arbeit zu bedeuten hat. Degerei, Wirrwarr, Forderung der Disziplin sind noch die geringeren Uebel, welche das Auftreten solcher parlamentarischer Untersuchungskommissionen im Gefolge haben.

Denn im Sinne der Herren Jaurès, Rochefort und aller Genossen soll das gesammte industrielle Frankreich auf Gnade und Ungnade einem Untersuchungsausschusse preisgegeben werden, der seine Befehle von der Umsturzpropaganda erhält. Dieser aber ist es bekanntlich nicht um die Förderung der Interessen der nationalen Arbeiterschaft oder der nationalen Arbeit, sondern um die Mobilmachung des Proletariats gegen die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung zu thun. Die revolutionäre Wühlarbeit in der Kammer geht nun aber den Genossen bei Weitem zu langsam vorwärts. Würde der eingangs erwähnte Beschluß der Arbeitskommission die Zustimmung des Plenums finden, so hätten die Berufsbesitzer eine Gelegenheit, wie sie sich ihnen noch nicht geboten hat, in die Loge der Volksouveränität gehüllt, sich den Zugang zu allen Fabriken und Werkstätten zu erzwingen, die Autorität der Arbeitgeber im Angesicht des Personals unheilbar zu kompromittiren und alle Vorbereitungen für Ausrufung der rothen Republik zu treffen. Die Deputirtenkammer müßte daher geradezu mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie den Weg beträte, auf den sie der Arbeitsauschuss zu drängen versucht.

Das „Journal de St. Petersburg“ schreibt: Die aggressive und provocirende Haltung, welche Griechenland mit so bedauernswerther Hartnäckigkeit zu beobachten fortfährt, zwingt die Großmächte, sehr gegen ihren Wunsch, zur Blockade des Golfs von Athen zu schreiten. Die Handlungen des Oberst Bassos' sind genügend bekannt; ist dieser Offizier doch soweit gegangen, hauptsächlich allen Mächten den Krieg zu erklären. Aber nicht zufrieden mit dieser unbegreiflichen Haltung einer geistig so hervorragenden begabten Nation, wie es die griechische ist, gefallen sich gewisse überspannte und gewohnheitsmäßige Unruhstifter darin, die Kriegserklärung gegen die Türkei für den 6. April oder den Tag des Beginnens der Blockade der griechischen Häfen überschwänglich zu empfehlen. Wir weigern uns entschieden, die Möglichkeit einer so außerordentlichen Thorheit zuzugeben, aber eintretenden Falles wäre Griechenland unzweifelhaft der Angreifer und würde sich allein verantwortlich machen für eine auf solche Weise hingeworfene Kriegserklärung an Europa, welches die Aufrechterhaltung des Friedens wünscht und alle seine Anstrengungen nach diesem Ziele hin richtet. Es wäre Zeit, auf Illusionen zu verzichten, die nur zu den schmerzlichsten Enttäuschungen führen könnten. Jede Macht, welche gegenwärtig die Initiative zu einem Angriff ergreifen würde, müßte sicherlich die schwersten Folgen auf sich nehmen. Wenn Griechenland um jeden Preis sich in einen Krieg stürzen wollte, könnte es augenscheinlich auf die Unterstützung Niemand's zählen. Welches übrigens auch der Ausgang eines so provocirten Kampfes wäre, so würden die Großmächte doch niemals zugeben, daß der Angreifer auch nur den geringsten Vortheil daraus zöge. Nachdem die Großmächte alle nur irgend möglichen Mittel erschöpft haben, um Griechenland die Leiden zu ersparen, welche dieses sich selbst zugezogen haben würde, würden sie es nicht weiter nötig haben, darüber in Erregung zu gerathen; ihr vollständiges Einvernehmen bleibt unveränderlich. Das ist die sicherste Bürgschaft für den endlichen Sieg der Grundzüge der Ordnung, des Rechts und der Billigkeit, das beste Unterpfand für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens, selbst im Falle einer örtlichen Störung durch Griechenland.